



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

1/IV/19

Hannover, 14. Februar 1949

Das zwölfte Land

Von Friedrich Stempfer

Berlin, dessen Bekenntnis zur Demokratie bei den letzten Wahlen in allen demokratischen Ländern mit einem vollen Sturm der Begeisterung aufgenommen worden ist, wünscht, als zwölftes Land in den westdeutschen Bund aufgenommen zu werden. Mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Minderheit - nur die Kommunisten waren dagegen - hat sich der Parlamentarische Rat diesem Wunsche angeschlossen. Dem Prinzip der Selbstbestimmung rechts der Völkler konnte gar nicht wohlkommener, als es hier geschehen, genüge getan werden. Man fragt sich, ob man nicht oder trübt, wenn man hört, dass die demokratischen Mächte in diesem Fall mit der winzigen kommunistischen Minderheit gemeinsame Sache machen und den von der überwältigenden Mehrheit gewollten Anschluss verhindern wollen.

Berlin hat eine andere Schicksal verdient. Man sollte sich in Paris, London und Washington darüber klar sein, dass eine beherrschende Meinung, Berlin als zwölftes Land im westdeutschen Bund anzuerkennen, zu höchst unerwünschten politischen Folgen führen kann. Man soll nicht glauben, es sei genug, wenn man die Berliner durch die Mittel, die ihnen die Luftbrücke liefert, vor dem Verhungern bewahrt, sondern lieber an das Wort denken, dass der Mensch von Brot nicht allein lebt. Bisher hat die Luftbrücke den Berlinern mit den physischen auch moralische Valorien geliefert, sie hat in ihnen den Glauben gestärkt, dass es gegenüber den Ansprüchen der Totalitären so etwas wie eine internationale Solidarität der Demokratien gibt. Wer durch sein Verhalten diesen Glauben zerstört, bricht das Rückgrat des Berliner Widerstandes.

Man sagt, auch nach einer Aufhebung der Blockade würde Berlin eine Insel im totalitären Meer bleiben, ohne Zusammenhang mit dem demokratischen Westen und darum ungeeignet, einen Teil von ihm zu bilden. Diese Logik führt nicht nur zu einem Anschlussverbot für Berlin, sondern zu seiner völligen Preisgabe. Bisher waren es doch die Kommunisten, die aus der geographischen Homogenität die Notwendigkeit der Bolschewisierung Berlins ableiteten. Sache der Demokratien wäre es, den umkehrten Schluss zu ziehen und zu argu-

mentieren: Wenn es wahr ist, dass ein demokratisches Berlin inmitten eines bolschewistisch regierten Landes nicht möglich ist, muss man nicht Berlin bolschewistisch, sondern das umgebende Land demokratisch machen.

Wie dem auch sei, man wird auf keinen Fall damit rechnen dürfen, dass der deutsche Osten seine Zusammengehörigkeit mit Berlin und mit dem Land rund um Berlin jemals vergessen könnte. Die Wiederherstellung der Deutschen Republik mit Berlin als Hauptstadt bleibt auf der Tagesordnung der europäischen Politik. Militärische Gewalt kann das, was zusammengehört, nicht für immer auseinanderreißen. Wenn es in Paris Leute gibt, denen diese demokratische Freiheit noch nicht aufgegangen ist, müsste es Aufgabe Washingtons sein, ihnen den Star zu stechen. Es ist wahr: wenn man Berlin zu einem Glied des westdeutschen Bundes macht, eröffnet man damit den politischen Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und um den Abschluss auch des totalitär terrorisierten Ostens an den demokratischen Westen. Aber eben darum, weil dieser Kampf notwendig ist und weil dies der einzige Weg ist, ihn mit friedlichen Mitteln auszutragen, will man den Anschluss Berlins an den Westen nicht verbieten, sondern begrüssen. Ein Anschlussverbot, gerichtet gegen Berlin, das zu Westdeutschland will, wäre eine moralische Katastrophe für Demokratie mit unabsehbaren politischen Folgen.

Ein offenes Wort

Das Organ der IFL zum Ruhrstatut

sp. Erst jetzt erhalten wir ein Exemplar einer Januar-Ausgabe von "International Labor News Service", dem Organ der grossen Gewerkschaftsorganisation IFL mit einer interessanten Stellungnahme zum Ruhrstatut. Darin heisst es:

"Wir bezweifeln, ob diese Massnahmen (gemeint ist die Einsetzung der Ruhrbehörde, D.Red.) das erreichen werden, was der offizielle Bericht in so grossartiger Weise beansprucht, nämlich Deutschlands ständige Entmilitarisierung und die Wiedergesundung der europäischen Länder unter Einschluss eines demokratischen Deutschlands.

Es ist selbstverständlich wünschenswert, Deutschlands Aggressivität auf lange Sicht zurückzudrängen. Doch 65 Millionen Deutschen auf unbestimmte Zeit die Schrauben anzusetzen, kann zu keinem guten Ende führen. Wir glauben, und die Geschichte bestätigt es, dass die systematische Unterdrückung einer Nation, ob sie nun unter dem Schlagwort demokratische Erziehung, oder einfach als Machtdemonstration der Sieger durchgeführt wird, dazu angetan ist, die Last des Widerstandes zu säen und gefährliche Leute zu gefährlichen Anschlägen zu veranlassen.

Dreieinhalb Jahre nach dem Kriegsende, so scheint uns, sollten die Deutschen ihr eigenes Haus in Ordnung bringen. Wenn die westliche Welt geizig bleibt und den Kriegstiftern den Wind aus den Segeln nimmt, dann braucht eine Wiederauferstehung des deutschen Militarismus nicht befürchtet zu werden. Wenn andererseits dagegen die westlichen Alliierten auf einer Politik beharren, die offen die Unmöglichkeit demonstriert hat, unter fremder Besatzung eine demokratische Selbstregierung zu haben, dann ist das Ruhrabkommen kaum das Papier wert, auf welchem es niedergeschrieben ist. Es wird niemanden befriedigen und jene wütend machen, die den Vorteil davon haben sollten."

Frankreich und das Besatzungsstatut

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Bisher ist in Paris wenig über den Inhalt des Besatzungsstatuts bekanntgeworden. Die öffentliche Meinung scheint dieser Frage keine grosse Bedeutung beizumessen, was sich wohl dadurch erklärt, dass ihre Lösung weder die Sicherheitsfrage beeinflusst, noch den entscheidenden Ost-West-Konflikt.

Die Presse begnügte sich im allgemeinen mit kürzeren Meldungen und seltenen Kommentaren. Man ist etwas erstaunt über die langwierigen Verhandlungen und fragt sich auch, ob der französische Militärgouverneur in Deutschland, General König, nicht mitunter seine eigenen Wege geht, in Abweichung von der Politik oder dem Absichten des Quai d'Orsay. Es sei in diesem Zusammenhang bemerkt, dass Botschafter François Boncet nicht, wie oft irrtümlich angenommen wird, der politische Berater General Königs ist, sondern der diplomatische Beauftragte der französischen Regierung in Deutschland. Dadurch erklärt sich seine mitunter auffallend geringe Übereinstimmung mit den Ansichten des Generals.

Man weiss, dass der Abschluss der alliierten Verhandlungen durch die Meinungsverschiedenheiten über zwei Punkte verzögert wurde. Frankreich bestand auf der Bezahlung der Besatzungskosten durch die Länder - und damit auf der Steuerhoheit dieser Länder - und forderte einen rein beratenden Schlichtungsausschuss bei Streitfragen über die Auslegung des Besatzungsstatuts, an Stelle des von den Amerikanern vorgeschlagenen selbständigen Schiedsgerichtes mit deutscher Beteiligung.

Das französische Zögern und Manövrieren bei der Ausarbeitung des Besatzungsstatuts ist bezeichnend für die Unentschlossenheit des Quai d'Orsay in der deutschen Frage, d.h. für das noch nicht entschiedene innere Ringen zwischen der klassischen Haltung des Misstrauens mit der Erkenntnis der unumgänglichen Notwendigkeit einer engen französisch-deutschen Zusammenarbeit im Rahmen einer grösseren europäischen Gemeinschaft. Diesen Widerspruch hat die Zeitung "Le Monde" in folgender Form zusammengefasst: "Robert Schuman hat in seinen Erklärungen über die französische Politik in Deutschland ein stark bemerktes Verständnis sowie Weitblick bewiesen. Darf man hoffen, dass der Ausschnminister seinen Geist und sein Programm gegenüber den Widerständen, die ihm mitunter die zivile und militärische Bürokratie entgegenstellen, durchzusetzen versteht?"

Der sozialistische "Populaire" und der liberale "Monde", die einzigen Zeitungen, die sich ausführlicher mit dem Besatzungsstatut befassten, waren sich in der Feststellung einig, der von Frankreich vorgeschlagene Schlichtungsausschuss ohne deutsche und neutrale Beteiligung widerspreche dem traditionellen französischen Rechtsempfinden. "Le Monde" stellte ferner die Frage, ob es nach der einstimmigen Entscheidung des Parlamentarischen Rates in Bonn für die Finanzhoheit der Bundesregierung politisch besonders klug wäre, Deutschland entgegengesetzte Verfassungsbestimmungen aufzuerlegen und damit den zu bildenden westdeutschen Staat von Anfang an psychologisch und moralisch stark zu belasten.

Diese Argumente dürften auch die französische Delegation in London beeinflusst haben, denn eine Kompromisslösung scheint in Sicht zu sein, Frankreich wird wohl weitgehend auf seine Forderungen zu Gunsten des amerikanischen Standpunktes verzichten. Besonders die Finanzhoheit der Bundesbehörden soll bei Besetzung der Besatzungskosten nicht mehr in Frage gestellt werden. Die Kommunisten haben in dieser Frage erneut ihre demagogisch-propagandistische Endigkeit unter Beweis gestellt. Obwohl sie seit bald zwei Jahren für die Bildung eines zentralisierten deutschen Einheitsstaates eintreten, scheuen sie sich jetzt nicht, den französischen Verzicht auf den Finanz- und Steuerföderalismus als eine "Kapitulation" der Regierung hinzustellen und - getreu ihrer chauvinistischen Nachkriegstradition - gegen die Wiedergesundung Westdeutschlands Sturm zu laufen.

Erfreuliche Anzeichen

sp. Mehrere Vorkommnisse der letzten Zeit sind dazu angetan, den in den vergangenen Wochen und Monaten besonders stark verdunkelten Horizont der deutsch-englischen Beziehungen wieder etwas aufzuhellen, eine Entwicklung, die man nur begrüßen kann.

Die Voraussetzungen für ein unter den Nachkriegsumständen bestmögliches Miteinanderauskommen hatten sich vor allem im Anschluss an gewisse Praktiken der Demontagepolitik, an die Verkündung des Ruhrstatutes und durch die Diskussion über einen anzeihlichen neuen deutschen Nationalismus erheblich verschlechtert. Diese Kontroversen scheinen im Augenblick etwas abzuklingen. Sichtbare Zeichen dafür sind u. a. die Haftentlassung der Bochumer Arbeiter, die sich geweigert hatten, an der Demontage ihres Werkes mitzuarbeiten, Erklärungen des Gebietsbeauftragten für Niedersachsen, General Lingham, die ein bemerkenswertes Verständnis und praktisches Entgegenkommen in Fragen der Demontagepolitik verrieten, die Wiederbelebung der im Anschluss an die Beherrschender Angelegenheit stark getrübt Zusammenarbeit mit den deutschen Regierungsstellen und der englischen Besatzungsmacht und schliesslich auch die Tatsache, dass man der Aufforderung des Parlamentarischen Rates entsprochen hat, Max Reimann wieder an den Beratungen in Bonn teilnehmen zu lassen, nachdem man offenbar an missgebendster englischer Stelle den in dieser Angelegenheit begangenen Fehler eingesehen hat.

Alle diese Dinge sind gewiss nur Trazgnisse von geringem tatsächlichen Gewicht. Aber sie sind erfreulich, weil sie ein Beweis für den Willen sind, erhebliche Diskussionen nicht auf die Dauer durch persönliche Ressentiments beeinflussen zu lassen.

(m/1/142/1/he)

Trizone hinter Kulissen

Von unserem Berichterstatter

M. Mainz, 14. Februar

Seitdem Westdeutschland mit dem Marshallplan und dem Zugeständnis eigener Regierungsvollmachten ein Weg in eine europäische Zukunft gewiesen wurde, wird von den Initiatoren selbst über die mit diesen Massnahmen unauflöslich verknüpfte Bildung der Trizone beraten und diskutiert. Abseits von den offiziellen Erklärungen der Staatsmänner und Gouverneure Englands, Amerikas und Frankreichs machen sich in letzter Zeit Anzeichen bemerkbar, dass man sich in der französischen Besatzungszone an die endgültige Verwirklichung des Anschlusses an die Doppelzone denkt. Neben der Einrichtung eines hundertköpfigen französischen Verbindungsausschusses beim Frankfurter Wirtschaftsrat wird nunmehr auch bekannt, dass in Baden-Baden ein Gremium von 60 deutschen Wirtschaftsfachleuten für die Vertretung der deutschen Interessen bei den künftigen trizonalen Körperschaften ernannt wurde.

Eigenartig aber dabei ist, dass man weder von den einzelnen Landesregierungen, noch von französischen Dienststellen eine Auskunft über Namen und Herkunft der Persönlichkeiten erhalten kann, die mit der Koordinierung der Wirtschaftsstellen der Doppel- mit der französischen Zone beauftragt sind. Alle Beobachtungen deuten darauf hin, dass die französische Militärregierung die Auswahl der ihr geeignet erscheinenden deutschen Wirtschaftler als einen der Vorbehalte betrachtet, die überhaupt Voraussetzung für ein Nachgeben zugunsten der trizonalen Angleichung sind. Man fehlt wohl auch in der Annahme nicht, wie der Vertreter eines Wirtschaftsministeriums vor einigen Tagen behauptete, die Mehrzahl des deutschen "Koordinierungsausschusses" aus Fabrikanten und Wirtschaftswissenschaftlern besteht, die in der Zeit nach dem Kriege besondere Förderer eines wirtschaftlichen Anschlusses der französischen Zone an Frankreich gewesen sind. Der französischen Besatzungspolitik gereicht es nicht zur besonderen Anerkennung, wenn diese betont frankophilen Wirtschaftler oft Leute sind, deren politischer Fragebogen ihre ehemalige starke Verbundenheit mit dem Reich Adolf Hitlers eindeutig ausweist.

Inwieweit die französische Regierung selbst an diesem Spiel hinter den Kulissen beteiligt ist, kann auch von sonst gut informierten und auch einflussreichen Franzosen nicht klar beantwortet werden. Die kürzlich in dem sozialistischen Organ "Le Populaire" veröffentlichten scharfen Angriffe S. Gumbachs, gleichlaufend mit einem ebenso bissigen Kommentar der "Morce", gegen die Verzögerung der Trizone durch französische Kapitalisten und Militärs lassen darauf schliessen, dass wenigstens ein Teil des französischen Volkes mit der zweigleisigen Besatzungspolitik nicht einverstanden ist. Die Infiltration französischer Industrieinteressen in die französische Zone und die besonders im letzten Halbjahr zu beobachtende Konzentration kann an Hand von hunderten von Beispielen belegt werden. Sollte dieses, im Sargebiet mit bestem Erfolg angewandte Spiel der letzte Ausweg für Spekulationen sein, die sich im Geist traditioneller französischer Geschichtsvorstellungen bewegen, aber den Forderungen der europäischen Gegenwart schroff entgegengesetzt sind?

Trotz schleppender Verhandlungen im internationalen Forum wird die Trizone, in welcher Europa immer, in der nächsten Zeit zur Tatsache werden. Innerhin wird es auf diese Form sehr ankommen. Das katalische Verbot der trizonalen Vereinigung der Gewerkschaften hat allerdings wiederum bestätigt, dass innerhalb der französischen Besatzungsrecht Kräfte am Werk sind, deren Begriffswelt mit einer europäischen Konzeption kaum in Einklang gebracht werden kann. (b/B/142/1/he)

Unternehmeroffensive gegen Gewerkschaften

sp. Durch einen günstigen Umstand sind wir in der Lage, die Richtlinien des lohnpolitischen Hauptausschusses der Arbeitgeberverbände der Bizone zu veröffentlichen. Der Ausschuss tagte am 23. Januar in Wiesbaden und beschloss folgende Grundsätze, die von allen Mitgliedsverbänden "unter allen Umständen" zu beachten sind:

1. Erhöhung von Nominallöhnen und Gehältern im gegenwärtigen Augenblick gefährden den Gesundungsprozess der Wirtschaft. Teuerungszulagen sind nicht geeignet, das Problem des Verhältnisses zwischen Löhnen und Preisen zu lösen.
2. Die Tariflöhne sind Mindestlöhne und als solche als Grundlöhne anzusehen, auf die leistungsbedingte Zulagen aufgebaut werden müssen, um zu einem gerechten Leistungslohn zu gelangen.
3. An einer normalen Arbeitszeit von 48 Stunden an sechs Werktagen muss unter allen Umständen festgehalten werden. Lohnserhöhungen haben die Anerkennung dieser normalen Arbeitszeit zur Voraussetzung, wie die Beibehaltung dieser normalen Arbeitszeit überhaupt Voraussetzung für jede Produktionssteigerung ist.
4. Eine völlige Nivellierung der Ortsklassenunterschiede ist untragbar. Die Beibehaltung von etwa drei bis vier Ortsklassen wird empfohlen.
5. Die Unterschiede zwischen dem Lohn des Arbeiter und des Hilfsarbeiters dürfen nicht weiter verringert werden, sondern müssen im Interesse des Leistungslohnes beibehalten und nach Einführung einer planmäßigen Arbeitsbewertung erweitert werden.
6. Keine einheitlichen Mantelstarife für Arbeiter und Angestellte, sondern Regelung der Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Angestellte im getrennten Rahmenabkommen.
7. Bei Verhandlungen über die Rahmenabkommen für Angestellte kann die DAG nicht übergangen werden, ohne die DAG sollte nicht verhandelt werden.

Was heisst das mit anderen Worten?

Die Richtlinien bedeuten nichts anderes als einen massiven Angriff gegen die sozial unerlässlich notwendigen und auch wirtschaftlich durchaus gerechtfertigten Bemühungen der Gewerkschaften um verbesserte Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger, vor allem der niederen Einkommensklassen. Wieder wird das schon so und so oft widerlegte Argument des angeblich gefährdeten

Gesundungsprozess der Wirtschaft hervorgehoben, obwohl jedermann weiss, dass gerade die Massenkauflkraft die stärkste Stütze einer im Aufbau begriffenen Wirtschaft ist.

Interessant erscheinen uns auch ganz besonders Punkt 6 und 7 der Richtlinien. Hier wird von den Unternehmern versucht, einen Keil zwischen die Arbeiter und Angestellten zu treiben. Die Angestellten in der DAG sollten sich diese Bemühungen der Unternehmer sehr genau merken, denn die Unterstützung, die ihnen die Unternehmer-Verbände mit Punkt 7 angedeihen lassen, lässt darauf schliessen, dass sich die Unternehmer von der Tarifpolitik der DAG, von den Gegensätzen zwischen DAG und den Industrieverbänden, viel versprochen. Die Unternehmer-Verbände gehen anscheinend von der Annahme aus, dass bei einem getrennten Verhandeln zwischen Arbeitern und Angestellten die Situation für sie eine günstigere ist und dass das Gros der Angestelltenenschaft, soweit in der DAG organisiert, nicht in der Lage ist, sich in den Tarifkämpfen so durchzusetzen, wie die Arbeiterschaft. (m/BL15/1/142/he)

Nöltings Rede gegen Erhard

sp. Am 14. November 1948 veranstaltete die SPD Frankfurt eine grosse öffentliche Versammlung, in der Prof. Dr. Erhard, Frankfurt, und Wirtschaftsminister Prof. Dr. Erik Nöltning, Düsseldorf, über den Kurs der Wirtschaftspolitik sprachen. Die in sachlicher Form geführte Auseinandersetzung hat seinerzeit stärkstes Interesse gefunden, vor allem die Rede Nöltnings, die den sozialistischen Standpunkt meisterhaft herausarbeitete. Allgemein wurde der Wunsch laut, dieses Streitgespräch in Druck zu geben. Leider waren alle Bemühungen, das Prof. Dr. Erhard mit der Bitte um Korrektur gesandte Manuskript seiner Rede zurückzuerhalten, vergeblich, obwohl Prof. Erhard mehrfach mündlich zugesagt hatte, sein Manuskript für den genannten Zweck zur Verfügung zu stellen. Da das Manuskript weit über die gesetzte Frist hinaus ausblieb, sah sich die Westdeutsche Verlagsanstalt in Düsseldorf gezwungen, nur Nöltnings Rede, in Broschürenform unter dem Titel "Es weht ein neuer Wind von Frankfurt?" drucken zu lassen. Sie kann zum Preise von 50 Bzfg. bei der Westdeutschen Verlagsanstalt, Düsseldorf, Königsallee 27, bestellt werden. (m/BL/132/1/he)

Mitteilung an:
die Redaktion:

WGB in der Krise

Die Ausgabe Nr. 700 des Sowade-Informationsschichtes vom 16. Februar enthält eine sehr aufschlussreiche Sonderdarstellung über den Weltgewerkschaftsbund, seine Geschichte und seine gegenwärtige Krise. Es ist eine besonders gründliche und instruktive Arbeit, auf die wir empfehlend hinweisen.

Verantwortlich: Peter Raunau